



Dr. Peter Jakobowski

## Urban Governance – Bunte Vielfalt und fünf Faustregeln für die Praxis

**In den Städten und Gemeinden werden vielfältige neue Governance-Strukturen entwickelt, weil Strukturwandel, Verwaltungsmodernisierung und fiskalische Nöte neue Problemlösungen erfordern. Dabei ist die Schwierigkeit der Wissenschaft, den Governance-Begriff hinreichend scharf zu definieren, der Vielfalt der realen Lösungsansätze geschuldet. Für die Praxis ist es allein entscheidend, ob neue Lösungsansätze kostengünstig, schneller und zielführender als traditionelle Wege sind. Sind in diesem Sinne effiziente Governance-Strukturen einmal gefunden, gilt es, diese Erfolge wiederholen zu können – also möglichst dauerhafte Governance-Strukturen für ähnliche Aufgabenbereiche zu implementieren. Mit der Online-Arbeitshilfe [www.3stadt2.de](http://www.3stadt2.de) steht ein hilfreiches Tool für die Praxis zur Verfügung.**

### Urban Governance – Begriffsvielfalt für ein klares Ziel

Der Governance-Begriff wird in der Wissenschaft derzeit in großer Auslegungsbreite bemüht (vgl. Gissendanner 2004: 44-77). Politik- und verwaltungswissenschaftliche Ansätze sehen Governance im Zusammenhang mit der „Staats- und Verwaltungsmodernisierung“ sowie dem Wandel des Staatsverständnisses zum „aktivierenden Staat“. Eng damit verbunden ist eine breite Diskussion zur Entfaltung von gesellschaftlichen Selbsthilfekräften durch neue Governance-Formen. Unter Urban Governance wird ein Steuerungs- oder Regelungssystem mit formellen und informellen Elementen verstanden, das staatliche und gesellschaftliche Akteure zusammenführt. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass Steuern und Koordinieren immer öfter in horizontalen, netzwerkartigen Beziehungen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren geschieht (vgl. Benz et al. 2003: 20 und Fürst 2001: 370-380).

In der Wirtschaftswissenschaft ist die Governance-Analyse Kern der Transaktionskostenanalyse (vgl. zur Einordnung in das Forschungsprogramm der Institutionenökonomik Williamson 1990: 61-71 und Williamson 1985). Sie weist enge Bezüge zur betriebswirtschaftlichen Organisationstheorie auf und ist im Wesentlichen auf die Effizienzvorteile alternativer Governance-Strukturen ausgerichtet. Auf die Praxis angewandt erscheint dieser Analyseweg am vielversprechendsten, weil er der Praxis anrät und es ermöglicht, den Status quo mit Governance-Alternativen

zu vergleichen (vgl. Jakobowski/Pauly 2005: 619-626). Es geht um neue Wege, die schneller, kostengünstiger und qualitativ adäquate Lösungen hervorbringen.

Spielarten neuer Formen der Urban Governance treten in ihrer Vielfalt immer dann auf, wenn einerseits das traditionelle Aufgaben- und Rollenverständnis der öffentlichen Hand an ihre Grenzen stößt und Problemlösungen auf diesem Pfad nicht mehr möglich sind. Andererseits bedarf es zusätzlich einer projekt- oder maßnahmenbedingt motivierten und aktivierten Bürgerschaft und mindestens einer Leitfigur, die sich verlässlich an die Spitze neuer Lösungen stellt. Hieraus resultiert dann eine breite Praxisbandbreite, die thematisch über konfliktträchtige Standortentscheidungen, Stadtumbau- oder Gebietsentwicklungskonzepte, Investitionsgemeinschaften zur Standortsicherung im Quartier bis hin zu Formen des Stadtteil-Banking zur gezielten Stärkung der lokalen Ökonomie reicht.

### Neue Kooperationsformen – Beispiele aus „3stadt2“

Da sich die Governance-Diskussion im Kern um Struktur- und Organisationsfragen möglichst effizienter neuer Problemlösungen dreht, werden nachfolgend drei Ansätze aus dem BBR-Projekt „3stadt2“ skizziert, um aus unserer Sicht durchaus effektive Strukturen im Bereich eher informeller Strukturen der Urban Governance vorzustellen.<sup>1</sup>

#### „Urbanes Wohnen Jahnplatz“ in Osnabrück

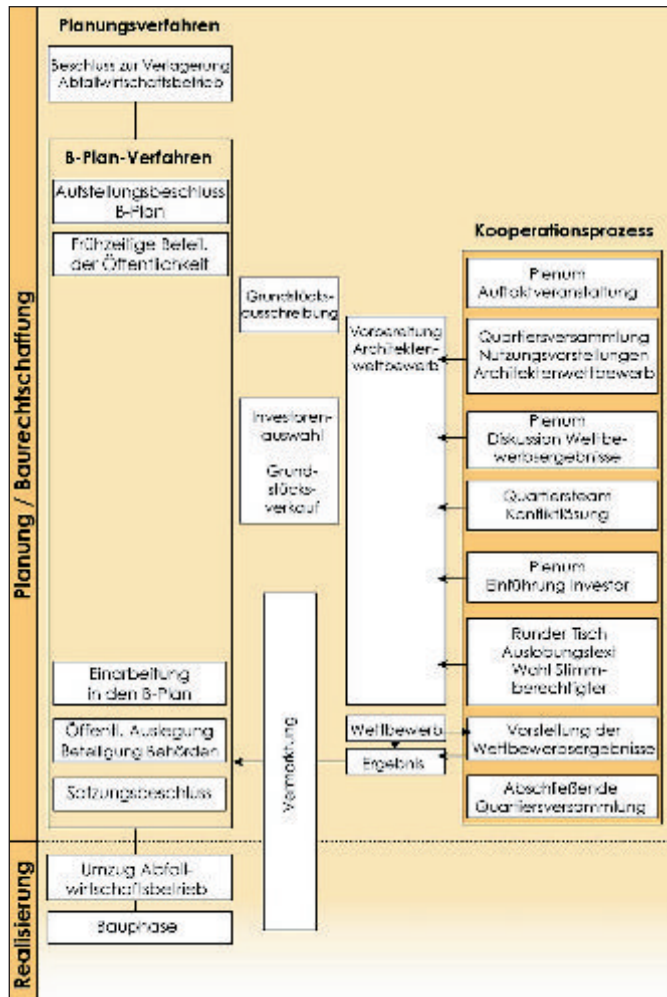
Vorrangiges Ziel im Modellvorhaben Osnabrück<sup>2</sup> war die Realisierung eines Wohnbauprojektes auf der frei werdenden Fläche des ehemaligen städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes. Im Vordergrund des Prozesses stand ein partizipativer Ansatz. Potenziellen Neubürgern, aber auch Anwohnern und der Quartiersbevölkerung wurde von Anfang an die Möglichkeit gegeben, an der Qualität ihres Wohnumfeldes aktiv mitzuwirken. Ziel der nutzerorientierten Prozessbeteiligung war eine verbesserte Ak-

<sup>1</sup> Die Darstellung orientiert sich an den Veröffentlichungen zum ExWoSt-Forschungsfeld „3stadt2 – Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung“, insbesondere an Jacob, S. Herz, A./Pauly 2005: Effizientere Stadtentwicklung durch Kooperation? Werkstatt: Praxis, Heft Nr. 36.

<sup>3</sup> Vgl. zum Projekt: [www.osnabrueck.de/jahnplatz](http://www.osnabrueck.de/jahnplatz).



### Planungsverfahren und Kooperationsprozess in Osnabrück



zeptanz der Neuplanung sowie eine erhöhte Bedarfsgerechtigkeit.

Zentrale Aufgabe war zunächst die Durchführung eines **Architektenwettbewerbs** und eine gemeinsame Formulierung von Rahmenbedingungen zum Wettbewerb. Die von der Stadt grob vorgegebenen Themenfelder wurden in der Diskussion mit den Bürgern in verschiedenen Plenen mit bis zu 100 Teilnehmern und in Workshops in kleinerem Rahmen (zur Vertiefung von Einzelthemen) konkretisiert. Ein Quartiersteam, bestehend aus ca. 15 potenziellen Bewohnern und Anwohnern, fungiert als Bindeglied zwischen Stadt und Bürgern und soll die Kommunikation zwischen den Akteuren verbessern und den Prozess lebendig halten.

Parallel zu den ersten moderierten Quartiersversammlungen mit den Bürgern wurde im Rahmen eines **Preiswettbewerbs** ein Investor gefunden, der bereit war, den partizipativen Ansatz mitzutragen. Die vorbereiteten Wettbewerbsunterlagen für den Architektenwettbewerb wurden in der Folge trilateral zwischen Stadt, Bürgern und Investor abgestimmt. Der Text zur Wettbe-

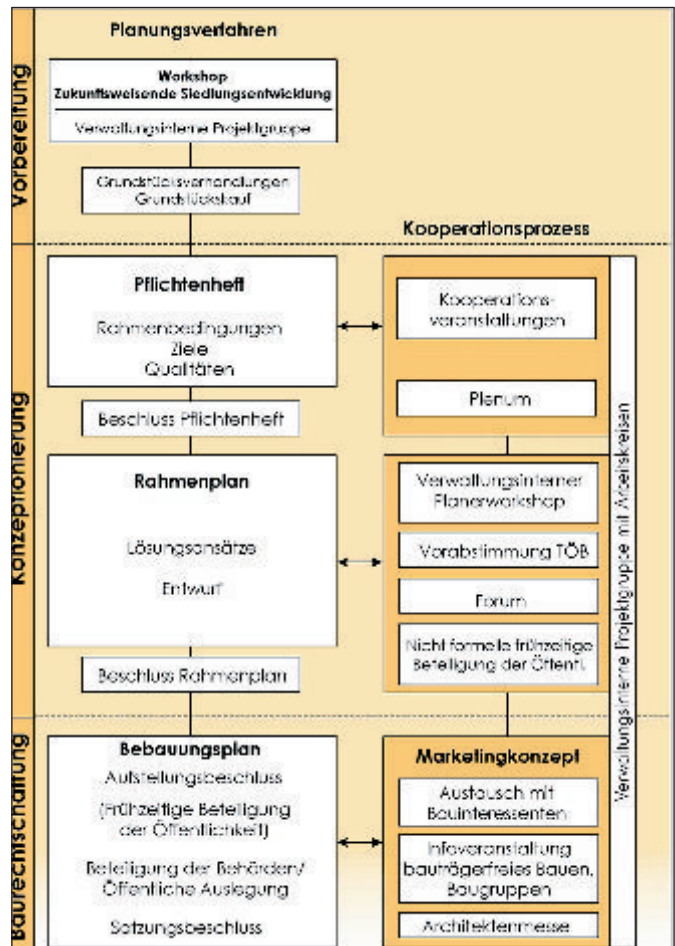
werbsauslobung wird als „quasi vertragliche Vereinbarung“ beschrieben. Als Eigentümer des Grundstücks des ehemaligen Abfallwirtschaftsbetriebes verpflichtet sich der Investor, die Ergebnisse des Architektenwettbewerbes umzusetzen.

In enger Abstimmung mit der **Architektenkammer** des Landes Niedersachsen wurden die Möglichkeiten zur Beteiligung von Bürgern am Architektenwettbewerb ausgelotet. Im Ergebnis hat ein Vertreter des Quartiersteams als Preisrichter am Wettbewerb teilgenommen. Die übrigen Mitglieder des Quartiersteams erhielten die Möglichkeit, die Entwürfe im Hinblick auf das Thema Quartiersverträglichkeit vorzuprüfen.

### Zukunftsweisende Siedlung Bielefeld „Breipohl“

Oberstes Ziel in Bielefeld<sup>3</sup> war die Schaffung eines qualitativ hochwertigen Baugebietes. Erfahrungen aus früheren Projekten zeigten, dass eine Qualitätssicherung ohne umfangreiche zusätzliche – auch verwaltungsinterne – Kooperation nicht erreicht werden konnte. Der dezernats- und ämterübergreifenden **verwaltungsinternen Projektgruppe** kam daher eine Schlüsselstellung im Kooperationsprozess zu. Die intensive Zusammenarbeit führte zur Einbeziehung verschiedener Fachbereiche und ermöglichte, die in der Verwaltung vorhandene Fachkom-

### Planungsverfahren und Kooperationsprozess in Bielefeld



<sup>3</sup> Vgl. zum Projekt: [www.breipohlshof.de/cfscrips/frame\\_home.cfm](http://www.breipohlshof.de/cfscrips/frame_home.cfm)



petenz bestmöglich zu nutzen. Aus der Projektgruppe haben sich Arbeitskreise gebildet, die wiederum dezernatsübergreifend verschiedene Themenfelder (z. B. Planungsprozess, Finanzierung, Umwelt) inhaltlich bearbeiten.

Aufbauend auf der Vorarbeit der Projektgruppe wurde in der ersten Phase im Kooperationsprozess ein **Pflichtenheft** erarbeitet. Es diente der Festschreibung der Planungs- und Qualitätsziele. Für einzelne Themenbereiche wie Soziales, Umwelt, Verkehr, Energie oder Vermarktung wurden Ziele, Zielwerte, Kooperationspartner und Umsetzungsinstrumente benannt. Die Inhalte des Pflichtenheftes wurden unter Beteiligung einer Vielzahl von Akteuren im Rahmen zielgruppenspezifischer Kooperationsveranstaltungen (z. B. mit Senioren, Migranten, Kindern, Anliegern oder Bauinteressenten) gesammelt, diskutiert und anschließend aufbereitet. Auf das traditionelle Werkzeug „Planentwurf“ als visualisiertes Element wurde zunächst verzichtet, um auch „Laien“ eine intensive Beteiligung zu ermöglichen und den Kooperationsprozess offen zu halten. Das Pflichtenheft diente als Rahmen für die Konkretisierung der Planung und als Maßstab für die Überprüfung der Planungsziele und Qualitätsanforderungen. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung für Transparenz geschaffen. Eine Ergänzung, Modifizierung und Präzisierung innerhalb des nachfolgenden Planungsverfahrens ist vorgesehen.

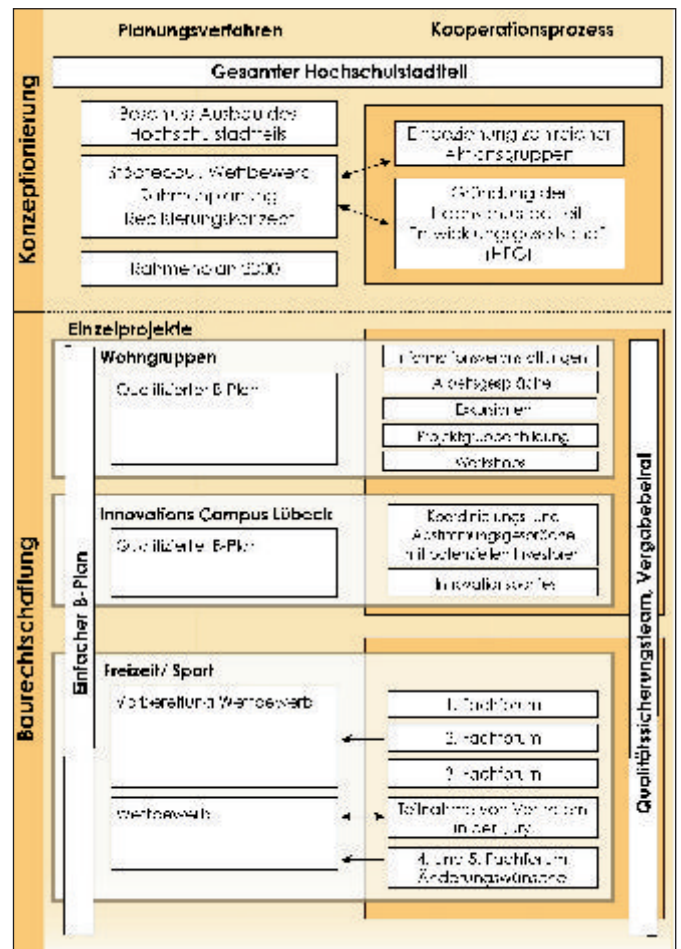
## „Hochschulstadtteil Lübeck“

Zentrales Ziel in Lübeck war und ist die Schaffung eines neuen Hochschulstadtteils.<sup>4</sup> Mit dem kooperativ erarbeiteten Rahmenplan und dem Realisierungskonzept für das gesamte Plangebiet verfügte das Projekt über einen umfangreichen Vorlauf. Die im Jahr 2000 gegründete Hochschulstadtteil-Entwicklungsgesellschaft (HEG) hat die Aufgabe der Entwicklung, Erschließung und Vermarktung des Hochschulstadtteils übernommen und ist ein zentraler Akteur im Kooperationsprozess.

Die Betrachtung von Planungsverfahren und Kooperationsprozess erfolgte in Lübeck auf unterschiedlichen Ebenen. Von Bedeutung war dabei übergreifend die Ebene des gesamten Hochschulstadtteils. Bezogen auf das Planungsverfahren ist festzuhalten, dass neben dem Rahmenplan für das gesamte Projektgebiet mittlerweile ein einfacher Bebauungsplan besteht. Zur Sicherung hoher städtebaulicher Qualitäten in der Phase der Vermarktung existiert ein abgestuftes Prüfungssystem durch ein Qualitätssicherungsteam und einen Vergabebeirat. Darin sind Mitglieder der Verwaltung, der HEG, der Politik, aber auch externe Fachleute vertreten.

Darüber hinaus ist auch die Ebene von drei im Projektkontext „3stadt2“ abgegrenzten **Einzelprojekten** innerhalb des Hochschulstadtteils von Bedeutung. Dabei handelt es sich um das Wohngruppenprojekt, den InnovationsCampus Lübeck (ICL) sowie die Freizeit- und Sportkonzeption. Ein übergeordnetes Kooperationsgremium, in dem u. a. die Stadt Lübeck und die HEG

## Planungsverfahren und Kooperationsprozess in Lübeck



vertreten sind, ist für die Abstimmung der Einzelprojekte zuständig. Details zu den Einzelprojekten und zum Entwicklungsstand sind im Internet unter [www.hochschulstadtteil.de](http://www.hochschulstadtteil.de) zu finden.

## Business Improvement Districts – ein aktuelles Highlight

Business Improvement Districts (BIDs) gehen auf eine Initiative von Gewerbetreibenden aus Toronto im Jahre 1970 zurück, bei der sich eine Gruppe von Laden- und Grundbesitzern in ihrem Stadtteil zusammengeschlossen haben, um in gemeinsamer Anstrengung ihren Einzelhandelsstandort aufzuwerten. Das Konzept der BIDs umfasst folgende Elemente:

- Eigeninitiative,
- Selbstverpflichtung (Zustimmung zur Selbstbesteuerung) und
- Public Private Partnership.

In Amerika regeln BID-Gesetze, wie die notwendigen finanziellen Mittel von allen Grundeigentümern des definierten Quartiers als zweckgebundene Zwangsabgabe eingefordert werden können. Jüngere Landesgesetze konzentrieren sich auf Basis-Vorgaben zu Gründung eines BID, öffentlicher Kontrolle und Betroffenen-Beteiligung.

<sup>4</sup> Vgl. zum Projekt auch: [www.luebeck.de/wirtschaft/hochschulstadtteil](http://www.luebeck.de/wirtschaft/hochschulstadtteil)

Kern der BID-Idee ist die, dass die Zustimmung zur Selbstbesteuerung der Anlieger und Akteure in einem potentiellen BID-Areal über Zustimmungs- oder Ablehnungsquoten geregelt wird. Nach amerikanischem Vorbild würde eine solche Besteuerung beschlossen, wenn 60 % der Eigentümer dem initiativ aufgestellten Maßnahmen- und Finanzierungsplan zustimmen oder aber nicht mehr als 30 % der Grundstückseigentümer gegen diese Pläne Einspruch erheben. Die so angestrebte Überwindung des Trittbrettfahrer-Problems wird also über Verfahrensregeln zum Eingriff in das Eigentum der Anlieger erreicht. Dies bedarf rechtlicher Grundlagen.

Die Akteure, die für die Einrichtung (wer ist stimmberechtigt) und Finanzierung (wer wird nach Beschluss zur Zahlung der Zwangsabgabe verpflichtet) relevant sind, bedürfen einer genauen Spezifizierung. Grundsätzlich sind zwei reine BID-Typen denkbar, die entweder nur die Gewerbetreibenden oder nur die Grundstückseigentümer einbeziehen. Ein Mischtyp kombiniert beide Gruppen mit entsprechenden Spezifizierungen ihrer Rechte und Pflichten. Während bspw. im Hamburger Gesetz alle Grundstückseigentümer im definierten BID-Gebiet in die Entscheidungs- und Finanzierungsprozesse einbezogen sind, sind in Großbritannien häufig nur Eigentümer von gewerblich (inkl. Handel) genutzten Grundstücken bzw. Immobilien einbezogen, da davon ausgegangen wird, dass Bewohner eines Stadtquartiers keinen wirtschaftlichen Nutzen aus der Standortaufwertung ziehen können.

Zu den klassischen Aufgaben der BID-Gesellschaften zählen:

- Investitionen in Fußgängerzonen in den Bereichen Sauberkeit, Beleuchtung, Gestaltung allg.;
- Finanzierung und Organisation zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen;
- Marketing von Geschäftsstraßen in der städtischen, regionalen oder überregionalen Öffentlichkeit;
- Organisation, Finanzierung gemeinsamer Veranstaltungen,
- Weiterentwicklung von Standortkonzepten.

Denkbare Anpassungen reiner BIDs liegen in der Einbeziehung kommunaler Budgetanteile in die Maßnahmenfinanzierung oder in der Zuordnung von Moderationsfunktionen zur kommunalen Seite, um z. B. Konfliktsituationen im Sinne des Interessensausgleichs regeln zu können. Gegenwärtig regeln in den Ländern Hamburg und Hessen BID-Gesetze diese Spielart der Urban Governance. In Nordrhein-Westfalen wird mit den Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG) ein ähnlicher Ansatz unterstützt, allerdings wird hier auf Freiwilligkeit und Anschubfinanzierung durch die öffentliche Hand gesetzt.

## Stadtteil-Banking – erste Ansätze

Als Reaktion auf defizitäre Angebote der Geschäftsbanken ist in der Wissenschaft ein Konzept für Lokales Banking (Lange/Linderkamp/Reifner 2003) entwickelt worden, das die Bewohner

### Auf folgenden Internetseiten sind BID-Beispiele und Initiativen in Deutschland dargestellt:

- [www.bid-1.de](http://www.bid-1.de): Darstellung des „Innovationsbereichs Sachsentor/Bergedorf“;
- [www.bid-neuerwall.de](http://www.bid-neuerwall.de): Darstellung des „Business Improvement District“ Neue Wall in Hamburg;
- [www.bid-aktuell.de](http://www.bid-aktuell.de):  
Neutrale Informationsplattform zum Thema BID;
- [www.isg-hamm.de](http://www.isg-hamm.de): Homepage der Immobilien- und Standortgemeinschaft in Hamm;
- [www.bermuda3eck.de](http://www.bermuda3eck.de): Homepage der Immobilien- und Standortgemeinschaft Bochum Bermuda3Eck;
- [www.marburg.de/detail/23515](http://www.marburg.de/detail/23515):  
Informationen zum MarBID-Projekt in Marburg.

städtischer Quartiere und ihre Bedürfnisse in ein auch betriebswirtschaftlich rentables Kundenprofil transformiert und das Leistungsprofil einer lokal engagierten Bankfiliale umreißt. Aus Sicht des Quartiers sind demnach individuelle, soziale (Schutz, Teilhabe) und kollektive Bedürfnisse zu berücksichtigen, die dem Kunden Sicherheit, Zugang zu Finanzdienstleistungen, Liquidität und der Bank dennoch Gewinn sichern sollen. Die lokale Filiale soll nicht einen geringeren und weniger Kunden ansprechenden, sondern einen auf die Kunden vor Ort zugeschnittenen exklusiveren Service anbieten, als das in herkömmlichen Zweigstellen und Filialen der Banken der Fall ist.

Um dies rentabel erreichen zu können, muss das Leistungsspektrum einer solchen lokalen Bankfiliale viel stärker auf die lokalen Hintergründe potentieller Kunden aus dem Standortquartier und auf die jeweiligen kleinräumigen ökonomischen und sozialen Quartiersbedingungen ausgerichtet sein. Das bedeutet, es müssen ortsspezifische Kompetenzen aufgebaut werden, die nachfolgend aufgeführten Komponenten berücksichtigen müssen:

### Lokale Anforderungen an das Know-how von Bankberaterinnen und Beratern

Kundenbezogenes Know-how	Quartiersbezogenes Know-how
Risiken individuell einschätzen	Lokale und städtische Wirtschaftszahlen
Lokale Möglichkeiten sachgerecht beurteilen	Kontakt zu Meinungsführern herstellen und halten (Quartiers-Organisationen)
Altersprobleme adäquat berücksichtigen	Entwicklungspartnerschaften zum Non-Profit-Sektor auf- und ausbauen
Einkommen und Selbständigkeit beachten	

Quelle: Lange, R., Linderkamp, R., Reifner, U. (2003): Banklokal, Visuelle Finanzkommunikation: Community Banking und Videoconferencing, Hamburg.



Ein wesentlicher Schlüssel zur Rentabilität dieses Konzepts ist die Konzentration auf möglichst homogene Kundengruppen. Hierzu zählt die Entwicklung von Gruppenprodukten (Kreditgemeinschaften, Gruppenversicherungen, Gemeinschaftskonten, Nutzerfonds) sowie eine Gruppenberatung (abgeschichtete Generalisierung wie Investmentzirkel, Bank in der Schule, Bankzeitschrift) und das Befördern eines intensiven Networking zur Stärkung der Selbsthilfekompetenzen im Quartier.

In der Erprobungsphase wird eine lokale Bankfiliale – so die Autoren – zur „Forschungsfiliale“, die den Beruf der Bankkauffrau oder des Bankkaufmanns neu definiert, indem sie die Finanzdienstleistung in den Mittelpunkt stellt, indem man sich vom Produktverkäufer hin zu einem verlässlichen Berater bewegt und dabei die erhöhten personellen Anforderungen durch Nutzung der Rationalisierungspotentiale von Internetportalen und Gruppenansprache und Gruppenprodukten kompensiert.

Welche Bedeutung hat ein so verstandenes Stadtteil-Banking oder die Entwicklung neuer Finanzdienstleistungen wie z. B. von Mikrokrediten durch zertifizierte Mikrofinanzierer für die Quartiersentwicklung? Wie können diese Banking-Ansätze in bestehende Governance-Strukturen eingebettet werden? Um Praxiserfahrungen zu sammeln und neue Banking-Ansätze zur Stärkung der lokalen Ökonomie zu erproben, plant das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Modellvorhaben im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus durchzuführen.<sup>5</sup>

## Fünf Faustregeln für die Praxis

Abschließend fünf Faustformeln für alle, die sich in der Praxis neuen Formen der Kooperation in der Stadtentwicklung widmen wollen:

1. Kooperation jenseits der traditionellen Trampelpfade der Stadtentwicklung ist kein Selbstläufer. Sie erfordert insbesondere in den Phasen von Vorbereitung und Stabilisierung einen Mehraufwand für alle Beteiligten. (Vgl. hierzu auch den Beitrag von Martina Pauly in diesem Heft S. 35.)
2. Kooperation im Sinne neuer Netzwerke will geübt sein und lohnt sich nur mit professionellem Projekt- und Prozessmanagement. Vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung wurde zusammen mit der FIRU-mbH in Kaiserslautern eine Online-Arbeitshilfe zur praktischen Umsetzung neuer Kooperationsformen entwickelt: [www.3stadt2.de](http://www.3stadt2.de).
3. Neue Governance-Ansätze sind häufig experimentell ausgelegt und neigen daher oft dazu, formelle Ansatzpunkte auszuklammern. Erfahrungen aus dem Projekt „3stadt2 – Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung“ belegen, dass gerade mangelnde Formalisierung Misserfolge produzieren

kann, wenn insbesondere die Verfahrensschnittstellen zu etablierten formalen Strukturen nicht optimal ausgestaltet sind.

4. Insbesondere für den Einsatz in informellen Governance-Strukturen gibt es ausdifferenzierte und professionell einsetzbare Einzelinstrumente, deren gezielter Einsatz unter Effizienzgesichtspunkten unbedingt zu empfehlen ist. (Bekanntere Beispiele sind hier Mediation, Planungszellen, Zukunftswerkstätten u.a.m.; Details finden Sie in der Bibliothek von [www.3stadt2.de](http://www.3stadt2.de).)
5. Experimentieren sollte Effizienz- bzw. Evaluationsaspekte von Beginn an mit einbeziehen, da es im Sinne effizienter Strukturen des Urban Governance nach der Erprobung und Bewertung darum gehen muss, Erfolge wiederholen zu können, also möglichst häufig einsetzbare Organisationsformen zu implementieren.

Dr. Peter Jakobowski

Wissenschaftlicher Projektleiter, Abteilung I 5 Verkehr und Umwelt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn.

### Literatur:

- Benz, A. et al. (2003): Governance. Eine Einführung. Hagen.
- Fürst, D. (2001): Regional governance – ein neues Paradigma der Regionalwissenschaften? In: Raumforschung und Raumordnung 59/2001, S. 370 ff.
- Gissendanner, S. (2004): Mayors, Governance Coalitions, and Strategic Capacity, drawing lessons from Germany for the theories of urban governance. In: Urban Affairs Review (40), Heft 1, S. 44 ff.
- Jacob S.; Herz, A.; Pauly, M. (2005): Effizientere Stadtentwicklung durch Kooperation? Werkstatt: Praxis, Heft Nr. 36.
- Jakubowski, P.; Pauly, M. (2005): Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung – Eine Effizienzanalyse im Lichte der Transaktionskostenökonomie. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9/10 2005, S. 619-626.
- Lange, R.; Linderkamp, R.; Reifner, U. (2003): Banklokal, Visuelle Finanzkommunikation: Community Banking und Videoconferencing, Abschlussbericht zum BMBF-Forschungsprojekt „Innovative Ansätze zur Restrukturierung eines Bankfilialnetzes unter Einsatz interaktiv-multimedialer Kommunikationsplattformen.
- Williamson, O. E. (1990): A Comparison of Alternative Approaches to Economic Organization. In: Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE), 146, S. 61 ff.
- Williamson, O. E. (1985): The Economic Institutions of Capitalism. Firms, Markets and Relational Contracts, New York.

<sup>5</sup> Weitere wichtige Ansätze zur Etablierung des Stadtteil-Banking im Zusammenhang mit der Vergabe von Mikrokrediten verfolgt das Deutsche Mikrofinanzinstitut (DMI). Vgl. hierzu. [www.mikrofinanz.net](http://www.mikrofinanz.net).